

Niederschrift

über die Sitzung des	Schulausschusses
Sitzungskennziffer	XVI/7
Tag der Sitzung	18.04.2012
Ort der Sitzung	Goethe-Gymnasium, Lerchenweg
Ortsbesichtigung	17.30 Uhr bis 18.00 Uhr Besichtigung Mensa Goethe-Gymnasium
Dauer der Sitzung	18.00 Uhr bis 19.40 Uhr
Unterbrechung	entfällt
Anwesende	siehe beiliegende Anwesenheitsliste (Anlage 1)
Vorsitz	Ratsmitglied Patrick Haas
Schriftführer	Stadtamtsrat Udo Griese

Vor Sitzungsbeginn besichtigten die Ausschussmitglieder die Mensa des Goethe-Gymnasiums.

Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt vor Eintritt in die Tagesordnung

- a) die Beschlussfähigkeit des Ausschusses,
- b) die form- und fristgerechte Ladung sowie die Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 27 (2) der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg fest.

Die Tagesordnung wird unter A 2) um die Vorstellung des neuen Schulleiters der Förderschule Stolberg -Herr Georg Hermanns- erweitert.

Die Ausschussmitglieder Frau Brigitte Knauff-Kirch und Herr Tim Schmitz werden durch den Ausschussvorsitzenden verpflichtet.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen und wie folgt behandelt:

A. Öffentliche Sitzung:

1. Vortrag zum Thema „Inklusion -Integration von Schülerinnen/Schülern mit Behinderung“
Referent: Herr Schulamtsdirektor Norbert Greuel, Schulamt in der Städteregion Aachen
2. Vorstellung des kommissarischen Schulleiters der Städt. Gesamtschule Stolberg, Sperberweg
-Herr Helge Pipoh- und des neuen Schulleiters der Förderschule Stolberg, Talstraße, -Herr
Georg Hermanns-
3. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung zur Einrichtung einer Schulweghelferstelle
auf der Krewinkeler Straße
4. Anmeldung zu den weiterführenden Schulen in Stolberg

5. Bildungs- und Teilhabepaket -Umsetzung Schulsozialarbeit
hier: Einrichtung der Kinder- und Jugendperspektive beim Jugendamt
6. Anfragen aus aktuellem Anlass und Mitteilungen der Verwaltung.

B. Nichtöffentliche Sitzung:

1. Anfragen aus aktuellem Anlass und Mitteilungen der Verwaltung

A. Öffentliche Sitzung

1. Vortrag zum Thema „Inklusion -Integration von Schülerinn/Schülern mit Behinderung“
Referent: Herr Schulamtsdirektor Norbert Greuel, Schulamt in der Städteregion Aachen

Die von Herrn Schulamtsdirektor Greuel zum vorstehenden Thema bereitgestellten Unterlagen sind als Anlage 2 beigelegt.

Auf Frage von Herrn Emonds (CDU), ob schon abzusehen ist, wie sich eine Verteilung zukünftig auswirken wird, antwortet Herr Greuel, dass dies maßgebend vom wahrgenommenen Wahlrecht der Eltern abhängig ist. Er geht davon aus, dass die Förderschulen auf Dauer schrumpfen werden.

Frau Zakowski (SPD) teilt mit, dass sie aus eigenen Erfahrungen weiß, dass die Thematik gut umgesetzt wird. Auf die Frage, wie die Zusammenarbeit mit den Schulen funktioniert, teilt Herr Greuel mit, dass in der Städteregion nicht nur ein enger und reger Austausch besteht, sondern auch praktische Umsetzungen an der Tagesordnung sind.

Frau Zakowski (SPD) führt weiter aus, dass in einigen Schulen Schüler mit gleichgelagerten Behinderungen in der Unterrichtsgestaltung zusammengeführt werden. Herr Greuel verweist in diesem Zusammenhang auf die Erfahrung, dass das Eingehen auf Verschiedenheiten die beste Förderung ist.

Frau Hirtz (Bündnis 90/Die Grünen) fragt hinsichtlich der Zuweisung von Sonderschulkräften an allg. Schulen nach, ob die vorhandenen Ressourcen ausreichen und weist darauf hin, dass die Bezahlung für allg. Pädagogen und Sonderpädagogen unterschiedlich ist.

Herr Greuel erklärt, dass er anlässlich seiner Besuche von Grundschulen festgesellt hat, dass die Schulen eine enorme Kreativität entwickeln und Selbstverantwortung übernehmen. Hinsichtlich der unterschiedlichen Bezahlung verweist er auf das geltende Beamtenrecht. Da aber zukünftig die Ausbildung für Lehrer neu orientiert wird, ist auch hier ein Ausgleich zu erwarten.

2. Vorstellung des kommissarischen Schulleiters der Städt. Gesamtschule Stolberg, Sperberweg, -Herr Helge Pipoh- und des neuen Schulleiters der Förderschule Stolberg, Talstraße, -Herr Georg Hermanns-

Die Herren Pipoh und Hermanns erläutern kurz ihr persönliches Umfeld sowie ihren beruflichen Werdegang.

Herr Pipoh geht in seinen Ausführungen auf den derzeitigen Sachstand und auf die Perspektiven der Gesamtschule ein. Herr Hermanns äußert sich zum Thema „Inklusion“ und sieht die Förderschule Stolberg als wichtigen Ansprechpartner für alle anderen Stolberger Schulen.

3. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung zur Einrichtung einer Schulweghelferstelle auf der Krewinkeler Straße

Herr Dr. van der Brück (F.D.P.) bittet bei zukünftigen diesbezüglichen Einrichtung kostengünstigere Lösungen (z.B. Einsatz von Oberstufenschülern, Polizei) anzustreben.

Herr Seyffarth weist für die Verwaltung darauf hin, dass für einen Einsatz als Schulweghelfer eine entsprechende Ausbildung durch die Polizei vorgenommen werden muss. Zudem seien beim Einsatz von Drittpersonen versicherungsrechtliche Probleme zu erwarten.

Der Schulausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Schulausschuss beschließt, die am 15.11.2011 gem. § 60 Abs. 2 Satz 2 GO NRW getroffene dringliche Entscheidung zur Einrichtung einer Schulweghelferstelle auf der Krewinkeler Straße in Höhe der Straße Düre Koof zu genehmigen.

4. Anmeldung zu den weiterführenden Schulen in Stolberg

Ergänzend zu der Verwaltungsvorlage werden die Anmeldezahlen für die Hauptschule Kogelshäuserstraße auf 57 Schüler/innen und für die Realschule Mausbach auf 81 Schüler/innen korrigiert.

Herr Emonds (CDU) weist darauf hin, dass sich Politik und Verwaltung kurzfristig mit einem 2. Anlauf für die Einrichtung einer Sekundarschule in Stolberg beschäftigen müssen. Nach seiner Meinung sollte bis zu den Sommerferien ein entsprechendes Konzept erarbeitet werden.

Frau Schultes-Zartmann (CDU) fragt nach, mit welchen Schulformempfehlungen die Anmeldungen für die Sekundarschule vorgenommen wurden.

Hierzu ist festzustellen, dass nach dem Nichtzustandekommen der Sekundarschule die in der Hauptschule Kogelshäuserstraße verbliebenen 57 Schüler/innen ausschließlich eine Hauptschulempfehlung besitzen. Darüber hinausgehend können aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Auskünfte erteilt werden.

Frau Lüttecke (CDU) bittet um Auskunft, welche weiterführenden Schulen GU-Kinder aufgenommen haben.

Nach Kenntnis der Verwaltung ist eine Verteilung wie folgt vorgenommen:

Goethe-Gymnasium	1 Kind
Ritzefeld-Gymnasium	2 Kinder
Gesamtschule	3 Kinder
Realschule Mausbach	-
HS Kogelshäuserstraße	10 Kinder
Auswärtige Schulen	5 Kinder

Der Schulausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

5. Bildungs- und Teilhabepaket -Umsetzung Schulsozialarbeit
hier: Einrichtung der Kinder- und Jugendperspektive beim Jugendamt

Nachdem Herr Seyffarth für die Verwaltung den Inhalt der Verwaltungsvorlage erläutert hat, fasste der Schulausschuss folgenden Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen zur schulbezogenen Jugendsozialarbeit und Familienberatung zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets zustimmend zur Kenntnis.

Der entsprechende Flyer ist als Anlage 3 beigelegt.

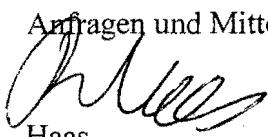
6. Anfragen aus aktuellem Anlass und Mitteilungen der Verwaltung

Anfragen und Mitteilungen liegen nicht vor.

B. Nichtöffentliche Sitzung

1. Anfragen aus aktuellem Anlass und Mitteilungen der Verwaltung

Anfragen und Mitteilungen liegen nicht vor.


Haas
Vorsitzender


Griese
Schriftführer

Anwesenheitsliste

zur Niederschrift über die Sitzung des **Schulausschusses (SchA)**

Sitzungskennziffer: XVI / 7

Tag der Sitzung: 18.04.2012

Ort der Sitzung: Goethe-Gymnasium, Lerchenweg 5

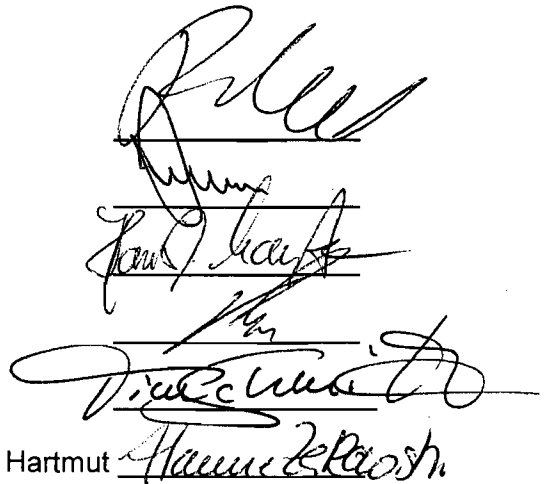
Dauer der Sitzung: von: _____ bis _____ 17.30 - 18.00 Besichtigung Mens.

Unterbrechung: von: _____ bis _____ 18.00 - 19.40 Sitzung

Lfd. Nr.	Name	Stellvertreter	Unterschrift
----------	------	----------------	--------------

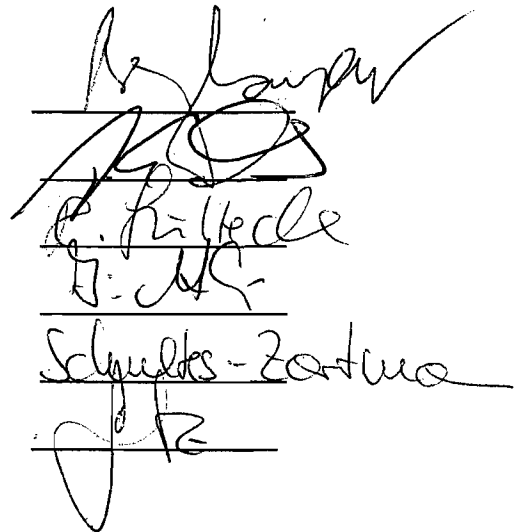
SPD-Fraktion

- | | | | |
|----|------------------------------------|------------------------------|--|
| 1. | Haas, Patrick | Wolf, Dieter | |
| 2. | Jussen, Peter | Nießen, Hildegard | |
| 3. | Kaußen, Hans-Jürgen | Przybylski, Rosita | |
| 4. | Kohn, Arndt | Fuchs, Gerold | |
| 5. | <i>Schmitz, Tim</i>
Mandl, Dana | Göbbels, Hans-Peter | |
| 6. | Zakowski, Hanne | Simmelink-Weinstein, Hartmut | |


 (Signatures for Wolf, Dieter; Nießen, Hildegard; Przybylski, Rosita; Fuchs, Gerold; Göbbels, Hans-Peter; Simmelink-Weinstein, Hartmut)

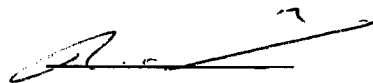
CDU-Fraktion

- | | | | |
|-----|---------------------------|------------------|--|
| 7. | Berghausen, Klaus | Hahn, Ludwig | |
| 8. | Emonds, Jochen | Grüttemeier, Tim | |
| 9. | Lüttecke, Hildegard | Kampen, Oliver | |
| 10. | Matheis, Kunibert | Thiermann, Fritz | |
| 11. | Schultes-Zartmann, Birgit | Doncks, Josef | |
| 12. | Siebertz, Kerstin | Bruckschen, Hans | |


 (Signatures for Hahn, Ludwig; Grüttemeier, Tim; Kampen, Oliver; Thiermann, Fritz; Doncks, Josef; Bruckschen, Hans)

F.D.P.-Fraktion

- | | | | |
|-----|-------------------------|-----------------------|--|
| 13. | Dr. van der Brück, Ralf | Loogen, Hermann-Josef | |
|-----|-------------------------|-----------------------|--|


 (Signature for Loogen, Hermann-Josef)

Lfd. Nr.	Name	Stellvertreter	Unterschrift
----------	------	----------------	--------------

Grüne

14. Hirtz, Katharina Schwan, Max

K. Hirtz

Die Linke

15. Prußeit, Mathias Jilk, Anita

Anita Jilk

Beratende Mitglieder:

16. Pfarrer Andreas Hinze Antje Siebrecht

A. Hinze

17. Brigitte Knauff-Kirch

B. Knauff-Kirch

Es fehlen (entschuldigt oder unentschuldigt):

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____

Teilnehmer der Verwaltung:

- | | |
|----------|----------|
| 1. _____ | 5. _____ |
| 2. _____ | 6. _____ |
| 3. _____ | 7. _____ |
| 4. _____ | 8. _____ |

Sonstige Teilnehmer bzw. Gäste:

- | | |
|----------|----------|
| 1. _____ | 3. _____ |
| 2. _____ | 4. _____ |

Inklusion

UN-Konvention – Leitbilder – Landtag –
Prinzipien – Gutachten – Umsetzung –
Unterstützung

Inhalt

1. UN-Konvention
2. Landtagsbeschluss vom 01.12.2010
3. Exklusion, Separation, Integration, Inklusion
4. Index für Inklusion
5. Gutachten von Klemm und Preuss-Lausitz NRW
6. Neue OVP
7. Aktivitäten in Städteregion, Bezreg und MSW
8. Aktivitäten in Bezreg und MSW
9. Antrag SPD- und Grüne Fraktion vom Februar 2012
10. Unterstützung für GU-Schulen

1. UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BRK)₋₁₋

- Ratifiziert von Bundestag und Bundesrat, in Kraft seit März 2009
- Recht auf „**inclusive education system**“ (§ 24 Abs. 1), das von den Bundesländern geschaffen werden muss
- „Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben.“

2. Landtagsbeschluss NRW - ohne Gegenstimmen angenommen am 01.12.2010

- „Die allg. Schule ist der Regelförderort.“
- „Eltern können weiterhin eine Förderschule wählen.“
- „Alle Lehrkräfte sollen Kinder (...) mit sehr unterschiedlichen Lernvoraussetzungen unterstützen können.“
- „Die Verwirklichung des Rechtsanspruchs muss mit einer deutlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen einhergehen.“

1972 Sonderschulaufnahmeverfahren (SAV)

Jedes behinderte Kind muss eine seiner Eigenart entsprechende Sonderschule besuchen.

1995 VO-SF

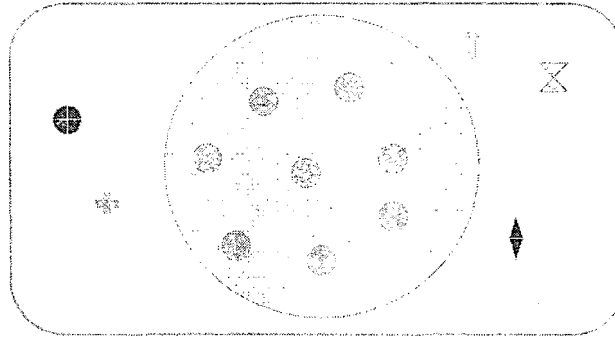
Zwei gleichwertige Förderorte: Förderschule und allg. Schule (Ressourcenvorbehalt)

2010 LT-Beschluss

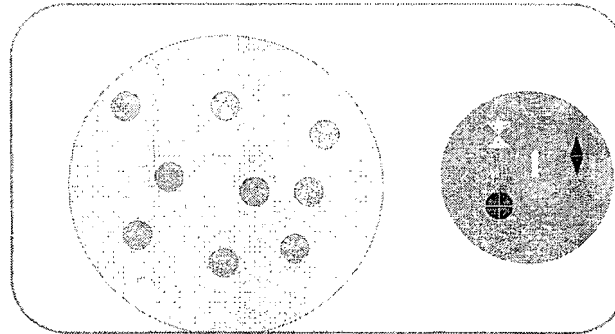
Allg. Schule ist Regelförderort.

3. Integration und Inklusion

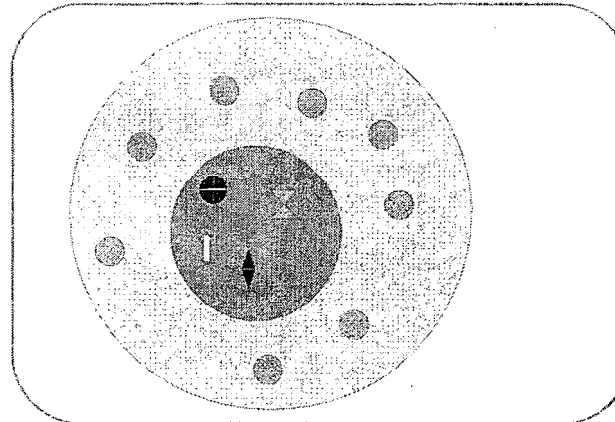
Exklusion



Separation



Integration



1929 Reichsparteitag der NSDAP: Hitler: Die Pflege von Kranken und Schwachen unterbindet den natürlichen Ausleseprozess

1933 Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, Sterilisation bei angeborenem Schwachsinn, schwere Missbildungen, Schizophrenie, Epilepsie

Reichsschulpflichtgesetz von 1938; § 11:

„Bildungsunfähige“ werden von der Schulpflicht befreit
1939 Euthanasiebefehl, Tötung lebensunwerten Lebens, Meldepflicht für alle geisteskranken und missgebildete Insassen von Anstalten und Pflegeheimen

Bis Kriegsende werden in der Aktion „T4“ ca. 5.000 Kinder ermordet, insgesamt ca. 100.000 Menschen

Bei der „Endlösung der Judenfrage“ wird auf diese Erfahrungen zurückgegriffen

Historische Leistung: Aufbau des Sonderschulwesens nach dem Krieg: Alle Kinder werden beschult.

1962 erste Schule für Geistigbehinderte in Deutschland

1966 Schulpflicht für Geistigbehinderte

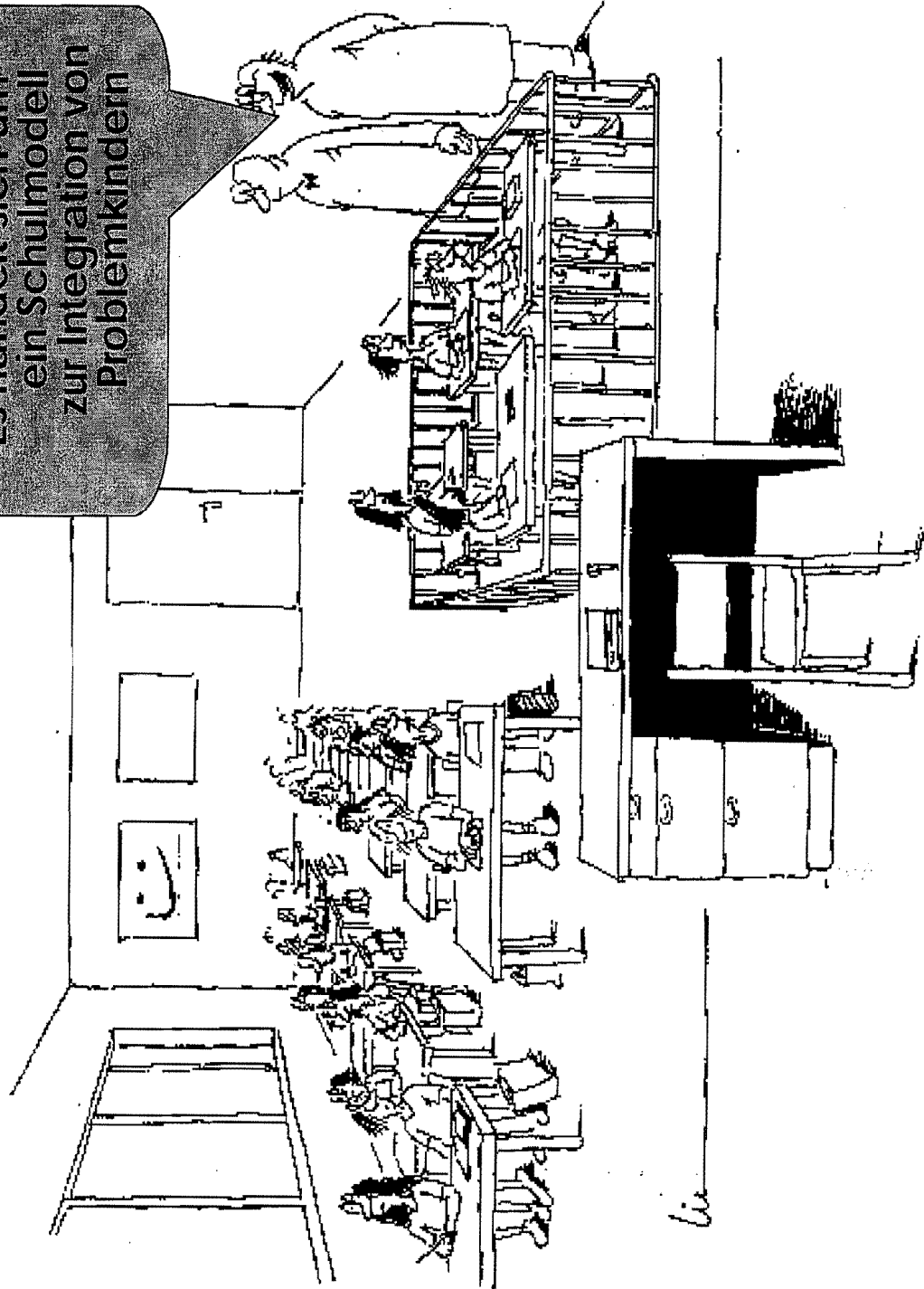
1972 SAV

1978 Schulpflicht für Schwerstbehinderte

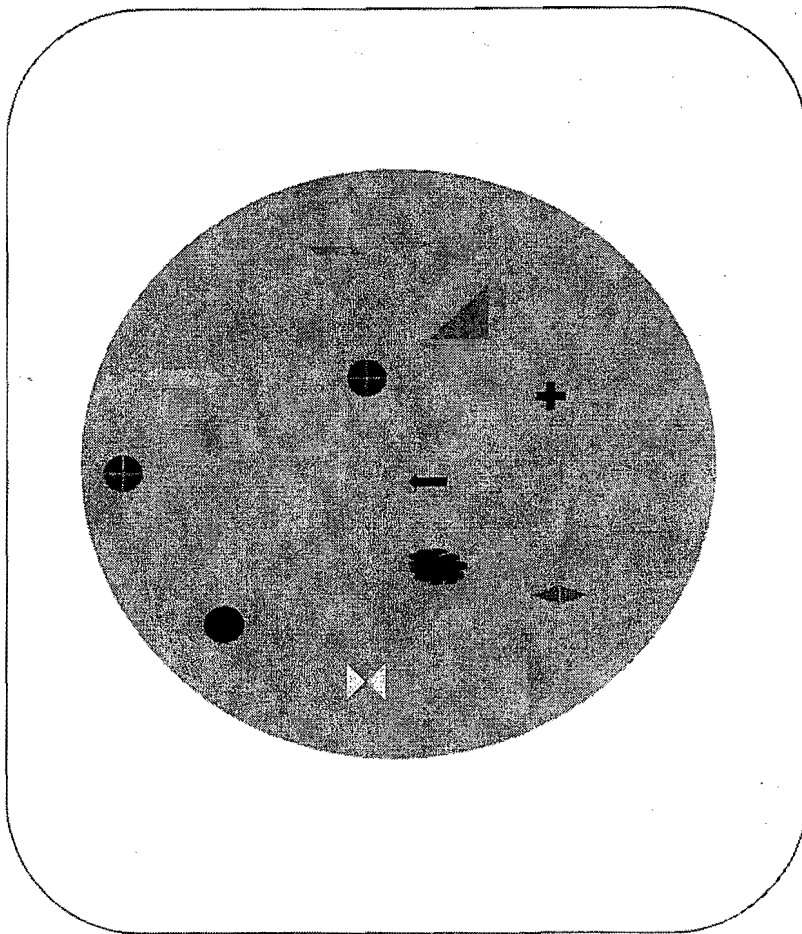
Definition / Etikettierung einer Gruppe, die dann in einer Förderschule beschult wurden

Seit Beginn der 80er Jahre erste Integrationsbemühungen, zuerst in Gesamtschulen K-Holweide und BN-Friesdorf, 1985 ALS im Kreis Aachen, Ende der 80er Jahre auch in der Stadt Aachen

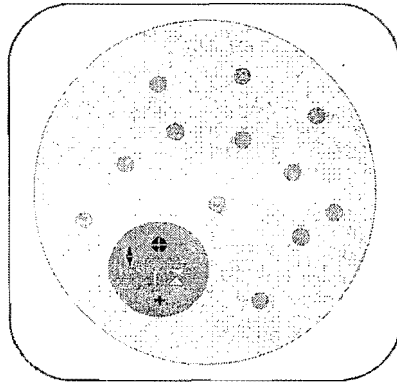
Es handelt sich um ein Schulmodell zur Integration von Problemkindern



Inklusion

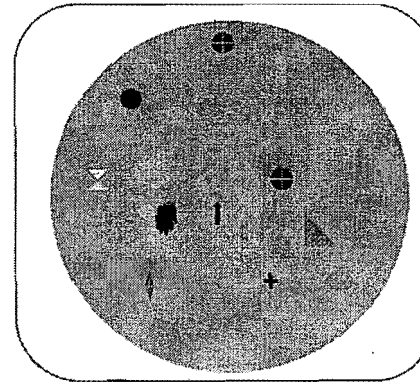


Integration

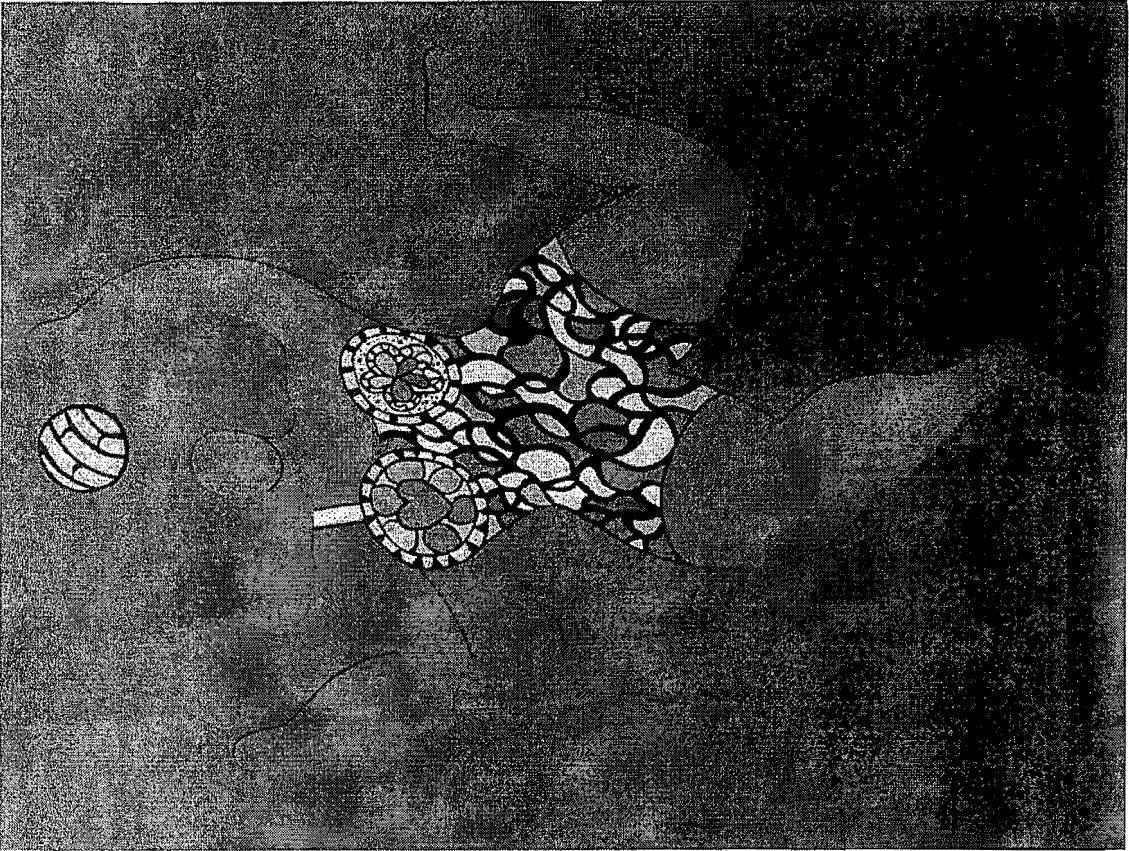


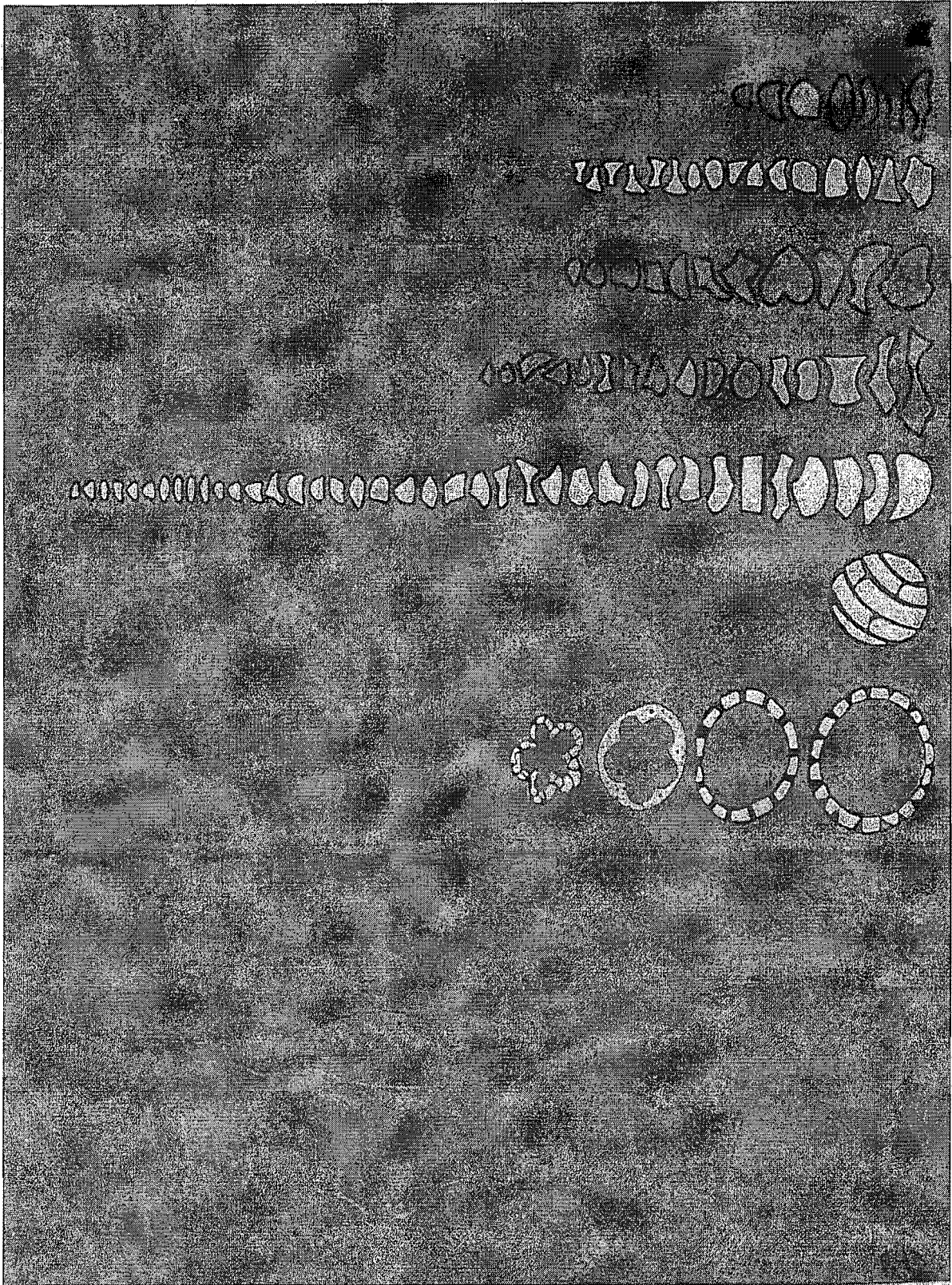
- Thema: Integration behindert Menschen
- Etikettierung aufgrund eines Merkmals, z.B. sonderpäd. FöB
- Etikettierte Schüler sind „anders“ als die anderen (2-Gruppen-Theorie)
- Die „anderen“ werden eher als homogene Gruppe wahrgenommen
- Denken in „Zuständigkeiten“

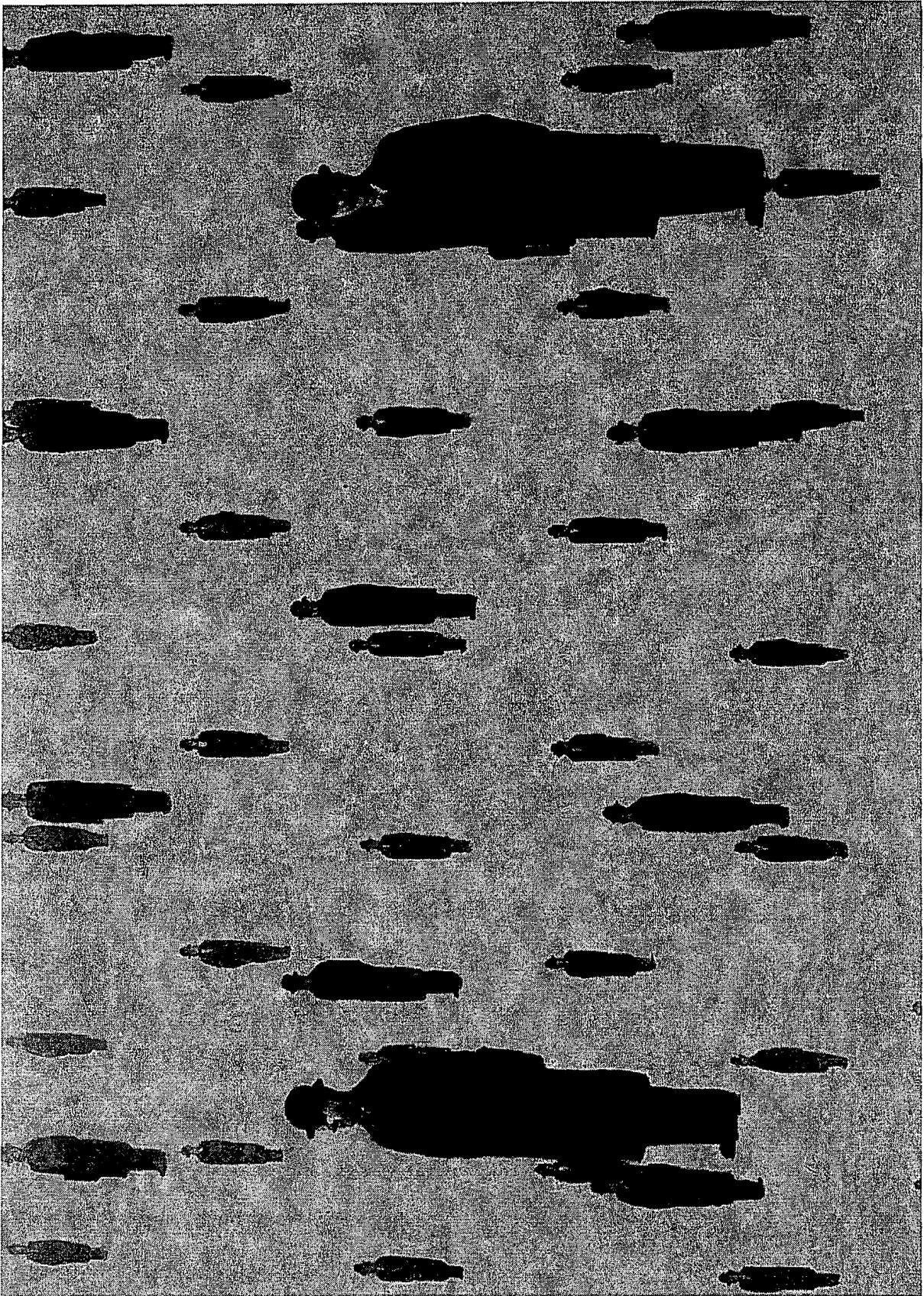
Inklusion

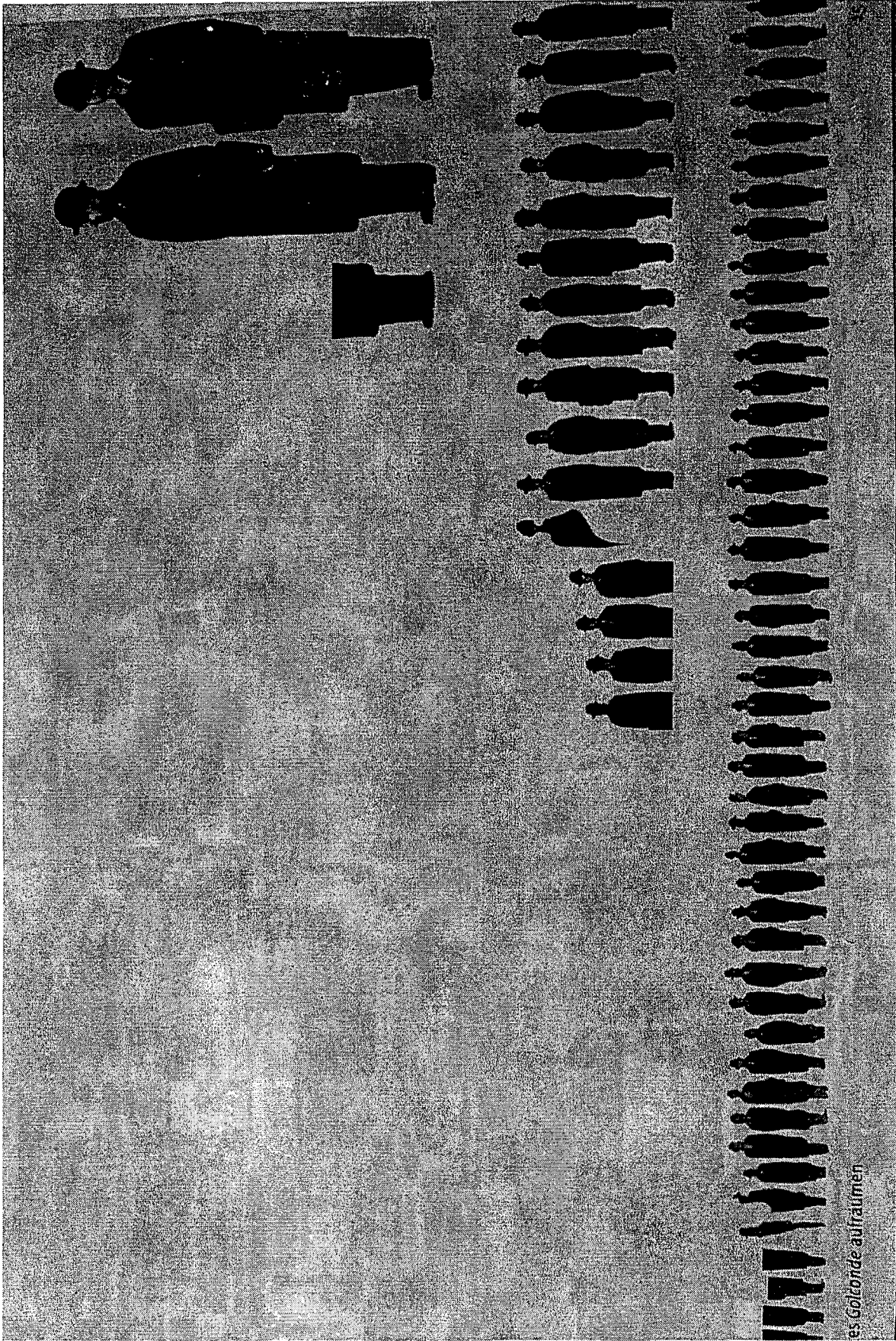


- Thema: Angemessener Umgang mit Vielfalt und Heterogenität und Bildungsgerechtigkeit
- Verzicht auf Etikettierung
- Ressourcenzuteilung zum System Schule, nicht zum Individuum
- Jeder wird als Individuum mit je eigenen Potentialen und Problemen betrachtet
- Die Gruppe wird insgesamt als heterogen wahrgenommen
- Gemeinschaft in der Heterogenität oder: Heterogenität in der Gemeinschaft
- Denken in „Verantwortlichkeiten“







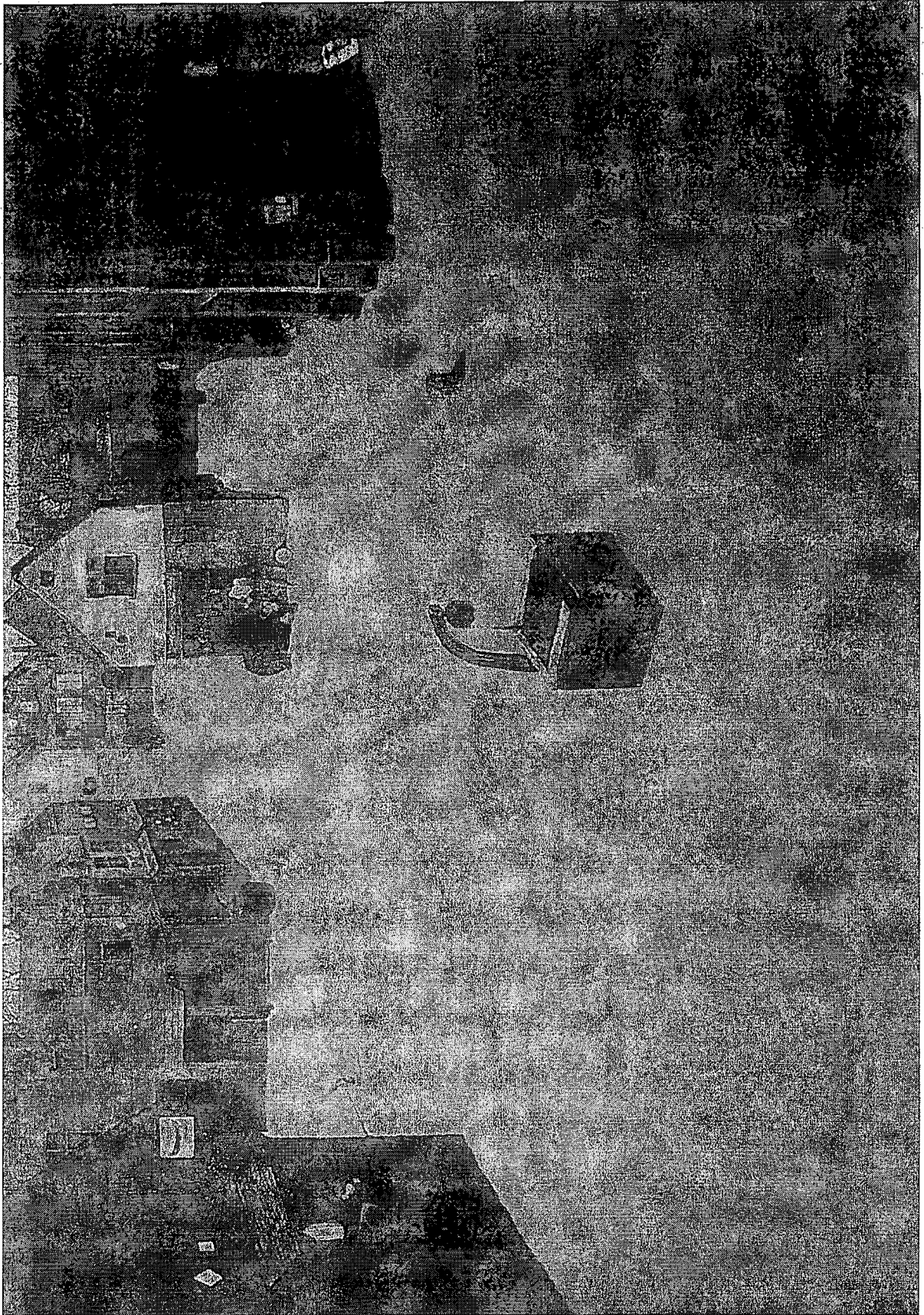


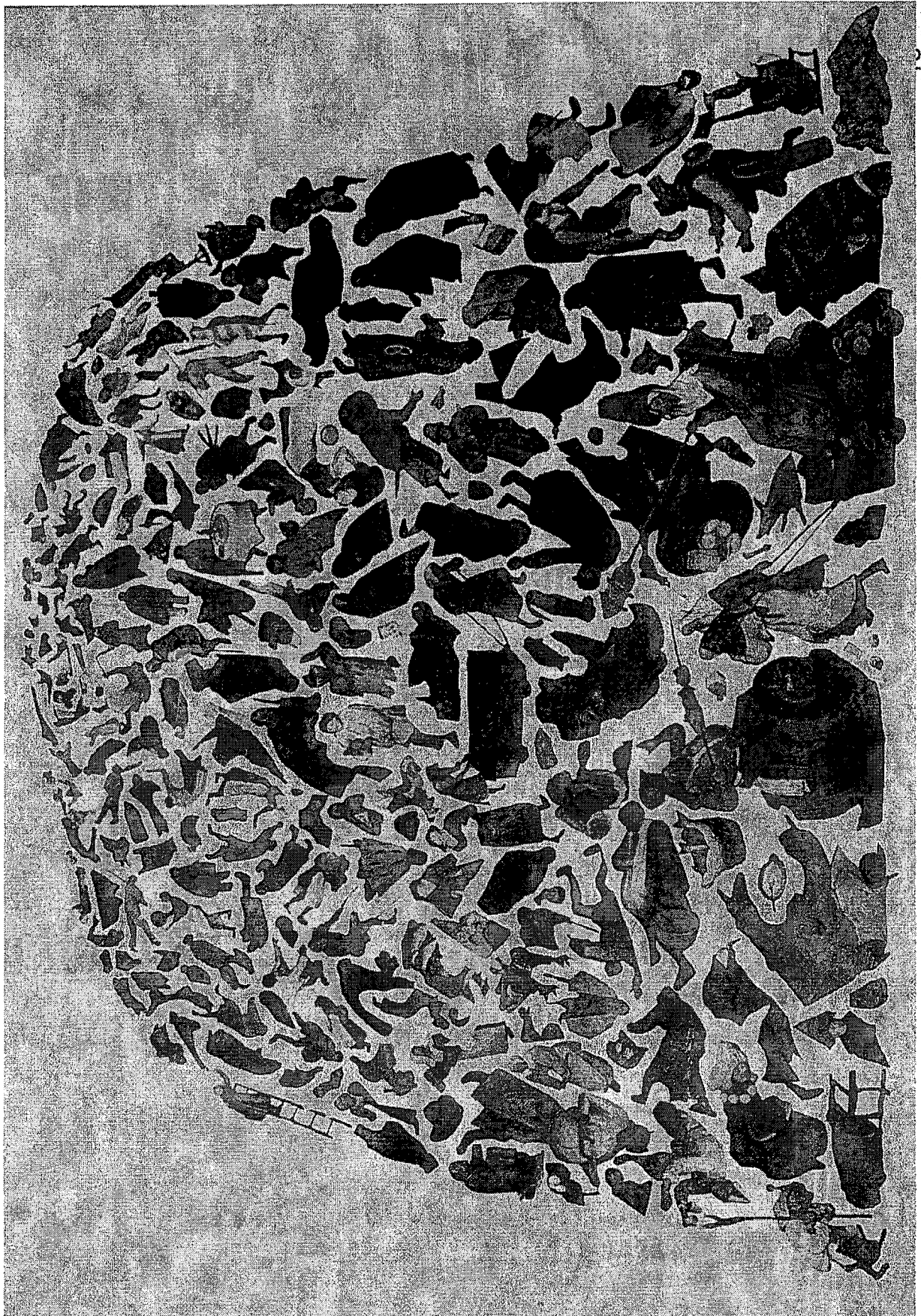
es. Golconde au fraimén



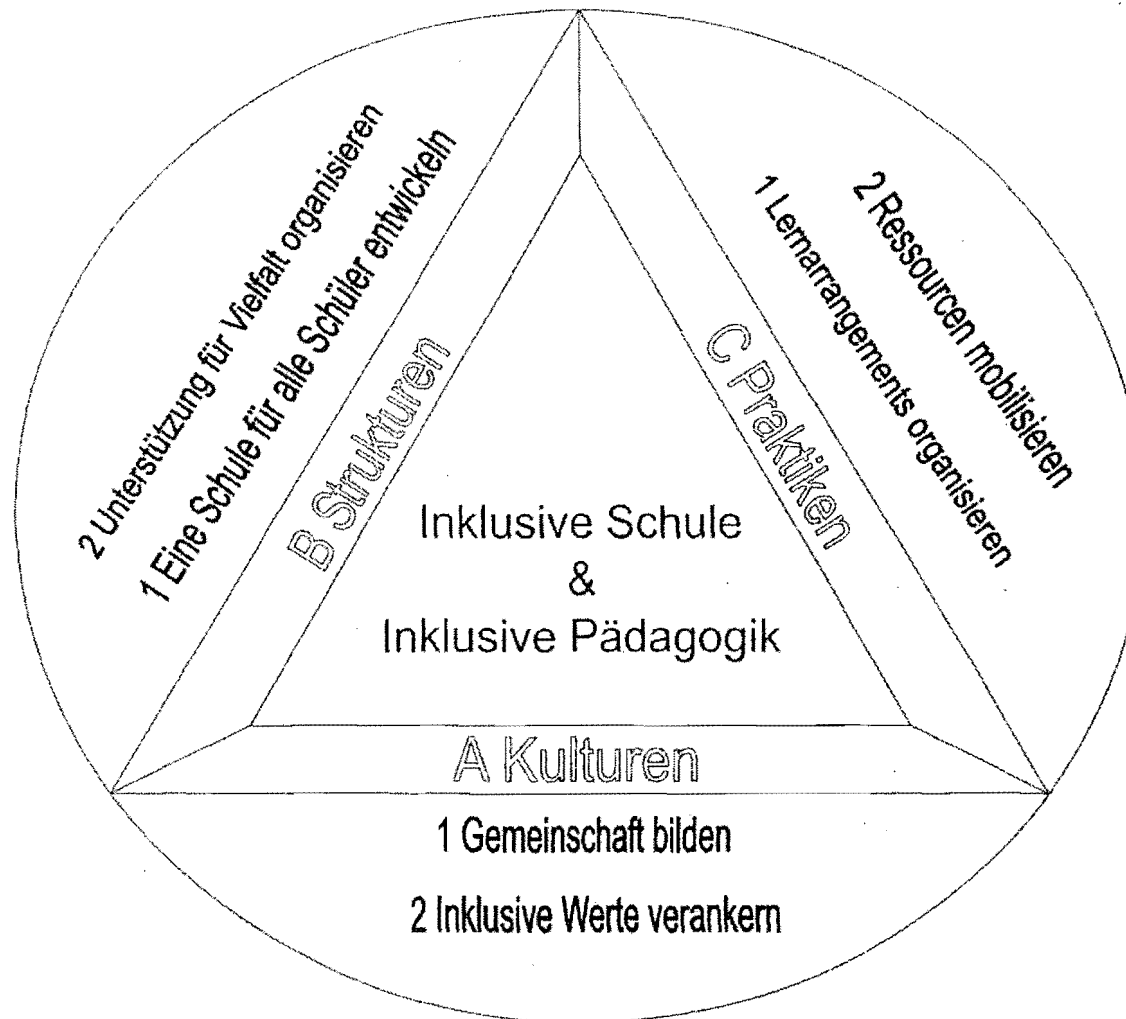








4. Index für Inklusion



5. Gutachten der Professoren Klaus Klemm und Ulf Preuss-Lausitz, vorgestellt am 15.06.2011₋₁₋

LES

- Abschaffung der FöSch LE, ES und SQ (LES) bis 2020
- Kein Feststellungsverfahren mehr, sondern pauschale systemische Zuweisung von Sonderschullehrkräften an allg. Schulen im Umfang von 4,6 % aller Schüler.
- Für Schüler mit starken Verhaltensauffälligkeiten: Wie in Hamburg anstelle der Förderschulen „interdisziplinäre Beratungs- und Unterstützungsstellen“ (REBUS)

GE, KM, SH, HK

- Bis 2020 sollen 50 % dieser Schüler integrativ unterrichtet werden.
- „Inklusive Schwerpunktschulen“ sollen sich neben LES auf einen oder mehrere der o.gen. FSP konzentrieren.
- Dauerhaft vorgehaltene Parallelangebote sind nicht vorgesehen.

LE = Förderschwerpunkt (FSP) Lernen

ES = FSP emotionale und soziale Entwicklung

SQ = FSP Sprache

GE = FSP Geistige Entwicklung

KM = FSP Körperliche und motorische Entwicklung

SH = FSP Sehbehinderung

HK = FSP Hören und Kommunikation

6. Neue OVP vom 10.04.2011 - § 1 -

- „Die Ausbildung orientiert sich an den grundlegenden Kompetenzen für Unterricht und Erziehung, Beurteilung, Diagnostik, Beratung, Kooperation und Schulentwicklung sowie an den wissenschaftlichen und künstlerischen Anforderungen der Fächer.
- **Dabei ist Befähigung zur individuellen Förderung von SuS und Umgang mit Heterogenität unter Beachtung der Erfordernisse der Inklusion besonders zu berücksichtigen. (...)**“

7. Aktivitäten in der Städteregion Aachen

- Sozialdezernenten Günter Schabram (Städteregion) wurde mit der Erstellung eines Inklusionsplans für die Städteregion beauftragt.
- „Arbeitskreis Inklusion“ ist installiert.
- 09. Februar 2012: Auftaktveranstaltung unter Beteiligung des Expertenkreises der UNESCO-Kommission mit Dr. Karl-Heinz Imhäuser (Montag-Stiftungen)
- Prof. Klemm berät Städteregion und Kommunen hinsichtlich Inklusion.
- 02.07.2012: Veranstaltung für Schulverwaltungen und Schulpolitiker mit Klaus Hebborn
- 27.06.2012: Bildungskonferenz mit Klemm, Imhäuser, Beckmann und Hebborn
- 27.06.2012: Veranstaltung für Lehrkräfte mit Udo Beckmann

8. Aktivitäten in Bezreg und MSW

- Inklusionsplan NRW für März 2012 vom MSW angekündigt, wird wohl Mai/Juni kommen.
- Generalist „Inklusion“ im Schulamt benannt (Greuel)
- Alle Wechsler von Klasse 4 in Klasse 5 mit Förderbedarf sollen einen integrativen Platz finden.
- 2 x 0,5 Lehrerstellen (Abordnung) für Inklusionskoordinatorinnen zum 01.02.2012 besetzt

9. Antrag von SPD- und Grüner Fraktion im Landtag vom Februar 2012 -1-

- Elternwahlrecht Förderort
- Reform AO-SF
- Geänderte statistische Erfassung der Schüler führt zu mehr Ressourcen
- Rechtsanspruch jedes Kindes auf „mindestens eine geeignete allg. Schule in zumutbarer Entfernung“
- Unabhängige Beratung
- Fortbildungsmaßnahmen für Kollegien
- Besondere Regelung für „Kinder mit herausforderndem Verhalten“ in Kooperation mit Jugendamt
- Unterstützungsnetzwerke
- „SoL sollen Teil des Kollegiums der allg. Schule werden.“

9. Antrag von SPD- und Grüner Fraktion im Landtag vom Februar 2012 -2-

- Jeder Pädagoge ist für alle Kinder verantwortlich.
- Übergangsmanagement KiTa – GS und GS – Sek.I
- Alle Gelder und Ressourcen in Schulen sind zu ermitteln und ggf. zusammenzuführen.
- Auch Kommunen haben den Auftrag, ein inklusives Gemeinwesen zu gestalten.

10. Unterstützung für GU-Schulen

- ABI (Arbeits- und Beratungsstelle Inklusionspädagogik) erstellt ein Angebot, das allen Schulen vor den Sommerferien mitgeteilt wird.
- Frau Becker und Frau Dimmers (Inklusions-Koordinatorinnen) stehen beratend zur Verfügung.
- Schulentwicklungsbegleitung durch BiBü, KT und Schulpsych. Dienst (Stadt AC)
- Moderatoren in Kooperation mit der Montag-Stiftung (Index für Inklusion)
- Im KT werden 300 Inklusionsmoderatoren ausgebildet.

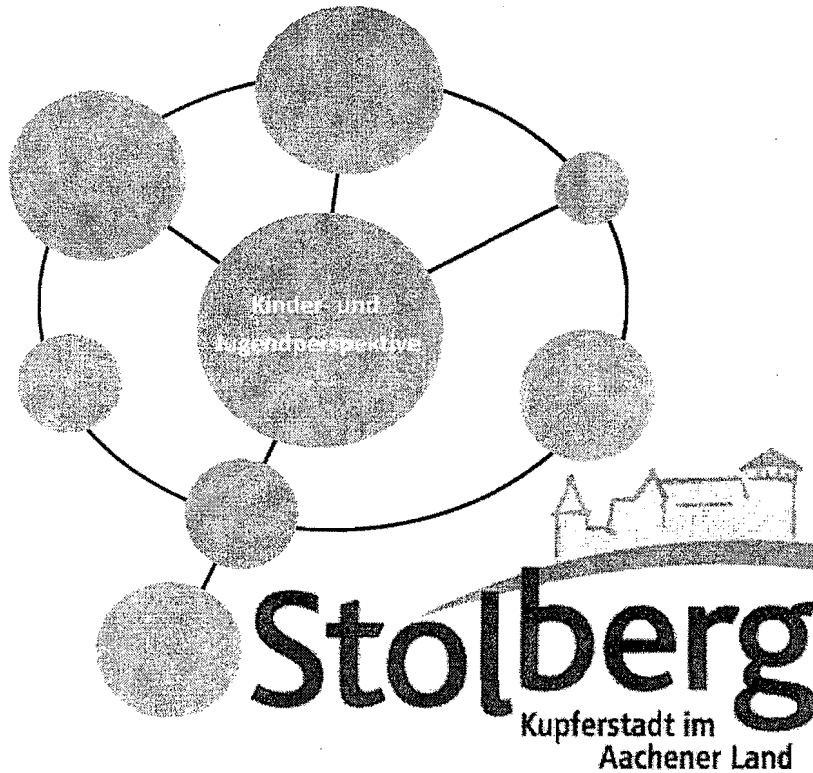
Inklusion ist ein **Nordstern**,
eine **Leitidee**,
an der wir uns konsequent orientieren
und an die wir uns
kontinuierlich annähern,
selbst wenn wir sie nie
vollständig erfüllen können.

(Prof. Andreas Hinz)

Danke für die
lange Aufmerksamkeit

Kinder- und Jugendperspektive

Soziale Arbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets



Junge Menschen wollen:

DAS LUGS VERBUND

Stadt Stolberg
Amt für Kinder, Jugend, Familie, Soziales und Wohnen
[Kinder- und Jugendperspektive Stolberg]
Josefshaus, Kupfermeisterstr. 6
52222 Stolberg
2. Obergeschoss

Freundschaften schließen!
Spaß haben!
Kreativ sein!
Erleben!
Fitter werden!
Dabei sein!
Das Lernen lernen!
Musik machen!

Zuständigkeiten:

Frank Döhla

Tel.: 02402 – 99 77 97 21

Koordination

Weiterführende Schulen:

Hauptschule Probst-Grüber

Städt. Kita Bertholdstraße (Familienzentrum im Verbund)

Städt. Kita Am Tomborn
(Familienzentrum im Verbund)

Städt. Kita Parkstraße

Städt. Kita Daenstraße

Städt. Kita Foxiusstraße

Städt. Kita „Im Hahn“

Katja Giesen

Tel.: 02402 – 99 77 97 26

Grundschulen:

OGGS Breinig

OGGS Gressenich

OGGS Grüntalstr.

OGGS Mausbach

OGGS Zweifall

Kindertagesstätten:

Städt. Kita Eifelstraße

Kath. Integr. Kindergarten St. Barbara

Städt. Kita Steinweg

Kindergarten Zauberkiste

Ev. Familienzentrum Bergstraße

Katholischer Kindergarten St. Markus

Städt. Kita Breinig, Corneliastraße

(Familienzentrum im Verbund)

Michael Jansen

Tel.: 02402 – 99 77 97 27

Weiterführende Schulen:

Ganztagshauptschule Kogelshäuserstr.

Realschule Mausbach

Ritzefeld-Gymnasium

Angela Kaesler

Tel.: 02402 – 99 77 97 22

Grundschulen:

OGGS Gemeinschaftsgrundschule Hermannstraßeschule

OGGS Offene Gemeinschaftsgrundschule Donnerberg

KGS Katholische Grundschule Atsch

Katholische Grundschule Bischofstr.

Kindertagesstätten:

Familienzentrum Städt. Integrative Kindertagesstätte Franziskusstraße

Städt. Kita Wiesenstr.

Familienzentrum im Verbund der SKF Tagesstätte für spanische Kinder und Kindertagesstätte für alleinerziehende „Zwergenburg“

Städt. Kita Mozartstraße

Katholischer Kindergarten Clara Fey

Städt. Kita Saarstraße

Städt. Kita Höhenstraße

Kath. Kindergarten St. Sebastianus

Kindertagesstätten:

Katholische Integrative Kindertagesstätte St. Hubertus

Städt. Kita Höhenkreuzweg

Montessori Kinderhaus Regenbogen

Kath. Kindertagesstätte „Haus Maria im Venn“

Familienzentrum Städt. Integrative Kindertagesstätte „Auf der Lieser“

Verena Ringering

Tel.: 02402 – 99 77 97 24

Grundschule:

Gemeinschaftsgrundschule

Prämienstraße

Förderschule:

Förderschule Stolberg Talstraße

Barbara Strauch

Tel.: 02402 – 99 77 97 25

Weiterführende Schulen:

Realschule I

Goethe-Gymnasium

Berufsbildende Schulen:

Berufskolleg Simmerath / Stolberg

Kindertagesstätten:

Familienzentrum Städt. Kita „Am Holderbusch“

Beziehen Sie...

... ALG II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Kindergeldzuschlag, Wohngeld oder bekommen Sie Leistungen nachdem Asylbewerbergesetz?

Besucht Ihr Kind einen Kindergarten, eine Kindertagesstätte oder eine allgemeinbildende Schule und ist unter 25 Jahre alt?

Dann gibt es unter anderem:

finanzielle Hilfen für:	bezahlt werden:	man braucht:
Kita- / Schulausflüge, ein- oder mehrtägig	die tatsächlichen Kosten	Bescheinigung der Kita / Schule über die tatsächlichen Kosten und die Bankverbindung der Kita / Schule
Schulbedarfspaket	zum 01.08. 70€ zum 01.02. 30€	wenn nicht automatisch überwiesen, Schulbescheinigung
Schülerbeförderung	Nur in begründeten Ausnahmefällen möglich, da die Fahrtkosten in NRW über die Schülerfahrtkostenverordnung geregelt sind.	Schulbescheinigung, bei Zuschuss von Dritten: Bewilligungsbescheid, wenn nicht die nächste Schule besucht wird: Nachweis warum der Besuch der nächstgelegenen Schule nicht möglich ist.
Lernförderung	im 2. Halbjahr, 15€ für Lehrer, sonst 10€ für max. 35 Std je Fach	Nachweis der Versetzungsgefahr, Zeugnisse, Monitum, Positivbescheinigung der Schule
Mittagsverpflegung	die tatsächlichen Kosten minus 1€ Eigenanteil	Bescheinigung der Kita / Schule / OGS / Stadt über die Teilnahme am Mittagessen
Sozial-kulturelle Teilnahme (Sportverein o.ä.)	bis zum 18. Geburtstag 10€ je Monat, 120 € im Jahr	Bescheinigung über bereits gezahlte Beiträge, Bankverbindung des Vereins (o.ä.)

Was machen wir konkret:

- ◆ Beratung und Unterstützung bei der Beantragung von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket
- ◆ Sprechstunden und Informationsveranstaltungen u. a. an Kita's und Schulen
- ◆ Konzeptionierung, Installation und Etablierung von Projekten zur Erhöhung von Bildungs- und Teilhabechancen
- ◆ Information und Beratung über Freizeitmöglichkeiten / Vereins- und Bildungsangebote